

# G-8

**Titel** Drogenpolitik neu denken

**Antragsteller\*innen** Jusos Oberbayern

**Adressat\*innen**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Drogenpolitik neu denken

1 In den letzten 10 Jahren starben jährlich zwischen Tausend und Zweitausend Menschen an den direkten Fol-  
2 gen ihres Drogenkonsums und die Tendenz steigt gerade unter jungen Menschen stark. Diesen Trend können  
3 wir mit den bisherigen Maßnahmen, die Repressionen und Bestrafung vorsehen, nicht stoppen. Gerade Bay-  
4 erns Justizapparat fährt einen "law and order"-Kurs gegen Drogenabhängige. Dabei werden weder Erfolge im  
5 Kampf gegen die Abhängigkeit erzielt, noch Werte wie Humanität oder Solidarität gewahrt. Bayern steht im  
6 Bundesdeutschen Vergleich extrem schlecht da. Wir wollen eine Neuausrichtung der Drogenpolitik erreichen,  
7 in Oberbayern, Bayern und dem Bund.

8 Prävention und Aufklärung durch den Bezirk ausbauen

9 Die jahrelange Taktik durch Drohszenarien und Druck Prävention zu betreiben, ist spätestens nach den neu-  
10 esten Statistiken zu jungen Konsument\*innen gescheitert und muss somit umgedacht werden.

11 Wir fordern den Fokus der Drogenprävention auf die Schulsozialarbeit zu legen, die Aufgabenübertragung auf  
12 die kommunale Sozialarbeit lehnen wir ab. Die Schulen sind feste Bestandteile im Alltag der Jugendlichen und  
13 somit ist die Möglichkeit verbindliche Präventionsangebote hier zu verankern einleuchtender und effektiver,  
14 als z. B. in Jugendzentren, wo sich die Jugendlichen freiwillig aufhalten.

15 So muss auch eine sinnvolle pädagogische Lösung gefunden werden, wenn die Zubetreuenden schon eine  
16 (eher harmlose) Abhängigkeit wie Tabak, Alkohol oder Cannabis entwickelt haben. Die Prävention darf hierbei  
17 nicht aus Verteufelung bestehen, sondern soll sich auf den vernünftigen Konsum ausrichten.

18 Zudem können Kooperationen mit Suchtberatungsstellen gebildet werden und gemeinsame Projekte z. B.  
19 auch an Schulen durchgeführt werden. Hierbei könnten frühere Abhängige über ihre Erfahrungen berichten  
20 und durch ein ehrliches Gespräch auf Augenhöhe einen wichtigen Präventionsbeitrag leisten. Die Kooperatio-  
21 nen mit Suchtberatungsstellen sollten durch den Bezirk Oberbayern finanziell gefördert werden.

22 Um ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden, müssen Beratungsstellen bayernweit ausgebaut und finanziert  
23 werden. Besonders im ländlichen Raum herrscht hier großer Nachholbedarf.

24 Die Hilfsangebote müssen niedrigschwellig sein und nach Wunsch auch anonym erfolgen, um so die Angst vor  
25 zukünftiger Benachteiligung, Stigmatisierung oder gar Belangung abzubauen.

26 Drogenpolitik komplett neu denken

27 Wir fordern, dass Süchtige nicht mehr wie Straftäter\*innen behandelt werden, sondern ihre Sucht als Krank-  
28 heit verstanden wird und sie unterstützt statt bestraft werden.

29 Zur konsequenten Umsetzung muss deshalb der Konsum jeglicher Drogen durch eine Novelle des Betäu-  
30 bungsmittelgesetzes (BtMG), ähnlich dem portugiesischen Modell, entkriminalisiert werden. Statt eines Straf-  
31 tatbestands (nach StGB) wollen wir die Überführung in eine Ordnungswidrigkeit (nach OWiG) erreichen. Der  
32 Drogenhandel soll weiter strafrechtlich verfolgt und strikt unterbunden werden.

33 Wer während des Drogenkonsums und/oder mit einer Eigenbedarfsmenge aufgegriffen wird, soll nicht mehr  
34 strafrechtlich verfolgt werden, sondern im Sinne einer Ordnungswidrigkeit zu einer einmaligen Pflichtberatung  
35 verordnet werden.

36 Die Beratungsstellen sollen durch die Kliniken des Bezirks (kbo) aufgebaut werden, die bereits jetzt Suchtkran-  
37 ke behandeln. Es soll eine Struktur aus- und aufgebaut werden, die an die lokalen Gegebenheiten angepasst  
38 ist.

39 Die Beratung soll Möglichkeiten für Folgeberatung und Entzug eröffnen und darf keine Strafmaßnahmen  
40 wie Bußgelder oder Führerscheinentzug vornehmen. Beratungsstellen sollen darüber hinaus so aufgebaut  
41 werden, dass Dauerkonsument\*innen nicht Pflichtberatungstermine absitzen, sondern ihnen auch durch die  
42 Pflichtberatung Langzeitangebote geschaffen und Kontrolleffekte erzielt werden, die auf die gesundheitliche  
43 Überwachung und daraus potentiell folgende Unterstützung abzielen.

44 Aufgegriffenen Personen sollen ihre Drogen abgenommen werden, anstatt sie damit aber nur zu weiterem  
45 Kauf und damit die meist bereits wirtschaftlich angeschlagene Personen in weitere finanzielle Notlagen zu  
46 treiben, sollen Angebote zur Substitution in den Beratungsstellen aufgebaut werden. Ebenso sollen Möglich-  
47 keiten zum besseren Konsum bereitgestellt und z. B. sterile Spritzen kostenlos verteilt werden. Die beste Lö-  
48 sung wäre die Einrichtung von Drogenkonsumräumen, was der Freistaat Bayern aktuell allerdings verhindert  
49 (siehe unten).

50 Schon vor der Änderung der bundespolitischen Ausrichtung der Drogenpolitik muss der Freistaat Bayern vor-  
51 angehen und verantwortungsvollere Drogenpolitik umsetzen. Aktuell treibt Bayern Suchtkranke von besser  
52 abzuschätzenden Drogen wie Kokain und Heroin zu z. B. Fentanyl, das kaum zu dosieren und nicht zu kontrol-  
53 lieren ist. Die repressive Haltung treibt die Konsument\*innen darüber hinaus zum Konsumieren ins Private  
54 oder an verborgenste Orte, wo bei verabreichter Überdosis keine Hilfe geleistet werden kann.

55 Dazu gehört als erster Schritt, die harte und meist rassistisch-klassistisch motivierte Verfolgung durch die baye-  
56 rische Polizei zu beenden, keine Haftstrafen oder Bußgelder für geringe Eigenkonsum-Mengen zu verhängen  
57 und Süchtigen bessere Unterstützung beim Entzug zu gewähren. Wir fordern daher: Haftstrafen und Bußgel-  
58 der müssen fallen gelassen werden, wenn die Konsument\*innen stattdessen zustimmen, ein Beratungsange-  
59 bot wahrzunehmen. Das Beratungsangebot soll schnellstmöglich über die kbo-Kliniken aufgebaut werden und  
60 Langzeitbetreuung und Substitutionsmöglichkeiten aus- und aufgebaut werden. Die konsequente Weiterfüh-  
61 rung dieser Forderungen ist die Einrichtung von Drogenkonsumräumen.

62 Des Weiteren muss die Praxis des kalten Entzugs in bayrischen Gefängnissen sofort beendet und durch eine  
63 humane, medizinisch-professionelle Praxis ersetzt werden.

64 Drogenkonsumräume auch in Bayern

65 Die Einrichtung von Konsumräumen, wie es sie in einigen Bundesländern bereits gibt, ist eine logische Kon-  
66 sequenz aus diesen Überlegungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass auf Landesebene diese Räume,  
67 in denen der Konsum von Suchtmitteln unter ärztlicher Aufsicht begleitet und ermöglicht wird, durch eine  
68 Verordnung möglich gemacht werden.

69 Konsumräume können nachweislich dazu beitragen, die Zahl der Tode durch Überdosis zu reduzieren, da  
70 fachkundiges Personal den Konsum überwacht und Beratung anbieten kann. Darüber hinaus können diese  
71 ebenso dazu beitragen, die Reinheit der konsumierten Drogen zu verbessern, indem eine Analyse des mitge-  
72 brachten Stoffs vollzogen wird. Ebenso wird ein Beitrag zur Verhinderung von Krankheitsübertragungen durch  
73 hygienischere Umstände geleistet.

74 Konsumräume sind ein niedrigschwelliges Angebot für Suchtkranke, die ihnen einen sicheren Konsum ermög-  
75 lichen und sie darüber hinaus nicht nur in Kontakt mit Ärzt\*innen, sondern auch mit Beratungsstellen bringen  
76 kann. Daher müssen Konsumräume nicht nur an zentralen, leicht erreichbaren Orten errichtet werden, son-  
77 dern auch eine Nähe zu Beratungsstellen aufweisen.

78 Substitutionsbehandlungen, also die Behandlung opiatabhängiger Patienten mit Ersatzstoffen, sind in Bay-  
79 ern grundsätzlich möglich. Ziel dieser Therapie ist eine gesundheitliche, psychische und soziale Stabilisierung  
80 Suchtkranker. Das Angebot lässt in Bayern jedoch mehr als zu wünschen übrig, in vielen Regionen gibt es nach  
81 wie vor kein Angebot zur Substitutionstherapie.

82 Aus diesem Grund fordern wir einen forcierten Ausbau dieses Therapieangebots und auch einen vermehr-  
83 ten Einsatz dieser Methode, sofern sie medizinisch geboten erscheint. Ärzt\*innen, die Substitutionstherapie  
84 anbieten, benötigen darüber hinaus die rechtliche Sicherheit und eine Unterstützung bei der notwendigen  
85 Zusammenarbeit mit Therapeut\*innen, Sozialpädagog\*innen und Psycholog\*innen.

86 Vor allem in Justizvollzugsanstalten verwehrt Bayern suchtkranken Häftlingen die Substitutionsbehandlung,  
87 was nicht nur zu durch einen kalten Entzug verursachten gesundheitlichen Problemen, sondern nach der Haft-  
88 entlassung häufig zum Tod durch Überdosis führt.

89 Nach einer landesweiten Umsetzung dieser Punkte setzen wir uns besonders dafür ein, dass die Kliniken  
90 des Bezirks (kbo) Substitutionsbehandlungen vermehrt forcieren. Darüber hinaus sollen künftig in den kbo-  
91 Kliniken Konsumräume errichtet werden, um sowohl die medizinische Versorgung als auch die Nähe zu Bera-  
92 tungsstellen zu garantieren.

93 Entkriminalisierung von weichen Drogen

94 Wir wollen bei der Entkriminalisierungsdebatte zwischen Cannabis und harten Drogen unterscheiden, da Ko-  
95 kain, Heroin oder synthetische Drogen bereits nach kurzer Zeit ein hohes Sucht- und Gefährdungspotenti-  
96 al aufweisen. Cannabis soll nicht nur entkriminalisiert werden, sondern wie die bereits jetzt legalen Drogen  
97 Alkohol und Tabak legal erworben, angebaut und konsumiert werden dürfen, also vollumfassend legalisiert  
98 werden.

99 Kriminelle Handelsnetzwerke können so zerschlagen werden, die Qualität kann durch staatliche Stellen ge-  
100 prüft werden. Verkauf kann außerdem über staatlich überwachte Stellen erfolgen, so dass der Jugendschutz  
101 gewährleistet werden kann. Social Clubs sowie den Anbau und Verkauf durch öffentliche Stellen unterstützen  
102 wir dabei.

103 Sollte eine Legalisierung nicht möglich sein, fordern wir eine umfassende Entkriminalisierung, sodass der Be-  
104 sitz kleiner Mengen und Eigenkonsum nicht mehr verfolgt werden.

105 Dazu muss der Begriff "geringe Menge", der nach BtMG nicht verfolgt werden soll, klar definiert und auf 10  
106 Gramm festgelegt werden. Zudem fordern wir, dass das bayerische Justizministerium durch eine Weisung  
107 Strafverfahren gegen Konsument\*innen oder Besitzer\*innen geringer Mengen Cannabis untersagt.

## Antragsteller\*innen

Jusos Oberbayern

**E-Mail:** buero@jusos-obb.de

**Telefon:**